



06.3007

**Motion WAK-NR.
Wirtschaftsabkommen
mit den USA****Motion CER-CN.
Accord commercial
avec les Etats-Unis**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.06.06
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.06.07*Antrag der Mehrheit*
Annahme der Motion*Antrag der Minderheit*
(Gysin Remo, Daguet, Genner, Kiener Nellen, Rennwald, Vischer)
Ablehnung der Motion*Proposition de la majorité*
Adopter la motion*Proposition de la minorité*
(Gysin Remo, Daguet, Genner, Kiener Nellen, Rennwald, Vischer)
Rejeter la motion

AB 2006 N 951 / BO 2006 N 951

Meier-Schatz Lucrezia (C, SG), für die Kommission: Letztes Jahr hatte der Bundesrat eine neue Aussenhandelsstrategie festgelegt, sich damit auseinander gesetzt und beschlossen, exploratorische Gespräche mit den USA zu führen. Die Schweiz und die USA wollten die Frage einer Vertiefung ihrer bilateralen Wirtschaftsbeziehungen für den allfälligen Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen den beiden Ländern erörtern. Im Vordergrund dieser Sondierungsgespräche standen die positiven Auswirkungen eines Freihandelsabkommens mit den USA aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Angesichts der sehr starken Position der Schweizer Wirtschaft in den USA stehen einige Probleme im Vordergrund, so z. B. – ich erwähne nur einige davon – der Abbau der tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse im Güterhandel, im Dienstleistungsverkehr und in den öffentlichen Beschaffungsmärkten sowie im bilateralen Investitionsverkehr. Weiter besteht angesichts der zunehmenden Bedeutung der bilateralen Handelsabkommen, die von den USA abgeschlossen werden, die Gefahr einer Diskriminierung der Schweiz auf dem US-Markt im Vergleich zu den anderen Freihandelspartnern der USA wie Kanada, Mexiko oder den demnächst dazukommenden Fernoststaaten.

Bei der Aufnahme der Sondierungsgespräche und bei der Kommunikation der Aussenhandelsstrategie des Bundesrates im Mai 2005 hatte der Bundesrat darauf hingewiesen, dass ein Freihandelsabkommen mit den USA die Position der Schweiz gegenüber der Europäischen Union stärken würde. Zur Erinnerung sei kurz Folgendes erwähnt: Die USA waren im Jahr 2004 nach Deutschland die zweitwichtigste Exportdestination der Schweizer Wirtschaft. 10,4 Prozent der Exporte, was rund 15 Milliarden Franken entspricht, gehen jährlich in die USA. Importseitig belegen die USA, mit Einfuhren für rund 6,6 Milliarden Schweizerfranken, den fünften Rang nach Deutschland, Italien, Frankreich und den Niederlanden. Es sei auch noch kurz erwähnt, dass die Schweiz aus US-Sicht als Absatzmarkt für amerikanische Exporte im Jahre 2004 auf Platz 18 rangierte. Gemäss US-Sicht stiegen die Importe aus der Schweiz gegenüber dem Vorjahr um 9,1 Prozent, während die





US-Exporte in die Schweiz um 7 Prozent zulegen. Exportiert werden aus unserem Land vorab Maschinen, pharmazeutische Erzeugnisse sowie chemische Produkte und Uhren.

Ferner gilt es zu beachten, dass gemäss der Direktinvestitionsstatistik der Nationalbank die USA die wichtigste Destination für Schweizer Direktinvestitionen im Ausland waren. Knapp 20 Prozent aller Schweizer Direktinvestitionen gehen in die USA. Zum Vergleich sei ebenfalls erwähnt: Die vier Nachbarländer Frankreich, Deutschland, Italien und Österreich vereinen zusammen mit 14,3 Prozent einen wesentlich geringeren Anteil der Schweizer Direktinvestitionen auf sich als die USA. Somit ist die Schweiz – noch vor Kanada – der sechstwichtigste ausländische Direktinvestor in den USA.

Das erklärt auch die positive Aufnahme der Sondierungsgespräche in den USA. Aus amerikanischer Perspektive wurde die Möglichkeit eines Free Trade Agreement (FTA) mit der Schweiz auch als Möglichkeit für einen Präzedenzfall respektive für ein Modellabkommen mit einem hochindustrialisierten Land betrachtet. Diese Sondierungsgespräche wurden denn auch vom Sommer 2005 bis im Januar 2006 geführt. Der Zeitpunkt war als solcher ein optimaler, da der US-Kongress vor den Präsidentschaftswahlen, das heisst spätestens im Juni respektive Juli 2007, die aufgrund der Trade Promotion Authority des US-Präsidenten vorgelegten Freihandelsabkommen ratifizieren muss. Gegenwärtig verhandeln die USA mit drei Partnern in Südostasien; sie hatten zuvor vier Partner, auch die Schweiz war darunter.

Anlässlich dieser intensiven Sondierungsgespräche wurden dann auch die heikleren Bereiche angesprochen. Der Agrarsektor stand im Mittelpunkt der Kritik. Es stellte sich heraus, dass die Überwindung der grossen Unterschiede zwischen den Schweizer Landwirtschaftsprodukten und den US-Produkten bzw. zwischen den jeweiligen Hygienestandards schwieriger sein könnte als initial angenommen. Probleme in den Bereichen der Ursprungsregel und der Deklarationspflicht, vor allem aber in den Bereichen des Hormonfleisches und der GVO hatten denn auch Auswirkungen auf den Entscheid des Bundesrates, den dieser im Januar 2006 traf. Der Bundesrat beschloss nach Monaten der Vorverhandlungen mit den zuständigen US-Behörden, die Gespräche zu sistieren und sie allenfalls – so der Wortlaut der Erklärung des Bundesrates – "in einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen".

Diese plötzliche Wende in der wenige Monate zuvor eingeleiteten Aussenhandelsstrategie, welche vorwiegend durch die Probleme im Agrarsektor diktiert wurde, stiess denn auch in unseren politischen Reihen sowie in zahlreichen Wirtschaftskreisen unseres Landes auf Unverständnis. Daher verlangt auch die Kommission mit einer Motion, dass der Bundesrat die Gespräche mit den USA über ein Wirtschaftsabkommen fortführt. Gleichzeitig legt die Kommission die Punkte fest, welche für sie im Vordergrund stehen sollten. Es sind die Fragen nach der allgemeinen Kooperation, der Handelsliberalisierung, den Dienstleistungen und den Investitionen.

Im Wissen, dass nach dem Abbruch dieser Sondierungsgespräche für die Schaffung eines Freihandelsabkommens mit den USA das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement eine Vereinbarung zwecks Schaffung eines Kooperationsforums unterzeichnet hat, gilt es nun vonseiten des Parlamentes, diesen Weg zu unterstützen – daher auch diese Motion. Denn die Vereinbarung zeigt, dass die USA bereit wären, von einem umfassenden Rahmen, sprich von einem FTA, abzuweichen. Das ist aus amerikanischer Sicht ein Novum. Das Kooperationsforum sollte regelmässige Gespräche organisieren, die die Erarbeitung verschiedener bilateraler Verträge für einzelne Wirtschaftsgebiete zur Lösung bestehender Problemfelder ermöglichen. Das neue Forum verstärkt die bereits guten bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und kann somit auf den intensiven Gesprächen des letzten Jahres aufbauen.

Mit der Motion will die Kommissionsmehrheit diesen Weg unterstützen, im Wissen, dass sich ein solcher in eine lange Tradition einreicht. Denn wir brauchen neben dem Vertragswerk mit der EU ein Netz von Freihandelsabkommen, die es uns in diesem globalen Markt erlauben, im internationalen Wettbewerb mitzuhalten. Ich erinnere lediglich daran, um das letzte Beispiel zu nennen, dass wir vor kurzem dem Efta-Abkommen mit Südkorea zugestimmt haben.

Ferner – und dies sei nochmals betont – sind die Handels- und Investitionsbeziehungen zu den USA strategisch bedeutsam. Ich habe einleitend auf unsere Handelsbilanz hingewiesen und erinnere einfach nochmals daran, dass die Schweizer Firmen doppelt so viele Direktinvestitionen in den USA wie in Deutschland tätigen. Mit der Motion unterstützen wir den vom Bundesrat eingeleiteten Weg der sektoriellen Abkommen und verlangen zusätzlich von ihm, dass er eine umfassende wirtschaftliche Analyse vorlegt.

Eine Minderheit der Kommission lehnt diese Motion ab, weil sie der Ansicht ist, dass das Parlament den Prozess, der bereits eingeleitet wurde, mit dieser Motion nicht zusätzlich unterstützen sollte. Die Minderheit wird Ihnen ihre Beweggründe noch erklären.

Namens der Kommission bitte ich Sie, die Motion anzunehmen. Sie wurde denn auch in unserer Kommission mit 16 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.



Favre Charles (RL, VD), pour la commission: Lors de sa séance des 30 et 31 janvier derniers, la commission compétente a souhaité être informée au sujet des discussions relatives à l'accord commercial de libre-échange avec les Etats-Unis. Elle a obtenu cette information et il en ressort différents points.

Au milieu de l'année 2005, le Département fédéral de l'économie a reçu du Conseil fédéral le mandat d'entrer en matière sur des discussions exploratoires afin de voir s'il était possible de trouver un terrain d'entente pour entrer en négociation. Les discussions ont donc commencé et on peut dire que différents domaines ont été explorés. Certains pouvaient faire assez rapidement l'objet d'un consensus, par exemple le secteur industriel et le secteur tarifaire. Par

AB 2006 N 952 / BO 2006 N 952

contre, on a rencontré quelques difficultés dans d'autres domaines: les règles d'origine ne sont pas les mêmes en termes de législation aux Etats-Unis, en Suisse et dans les pays de l'AELE; les domaines de la propriété intellectuelle, des services, des investissements et des marchés publics posent quelques difficultés qu'il est cependant possible de résoudre dans le cadre de discussions approfondies. Un troisième type de domaine a rencontré de grandes difficultés; nous pensons bien entendu d'abord au secteur agricole.

Notre pays aurait souhaité procéder en sortant de la discussion les domaines les plus litigieux, alors que les Etats-Unis voulaient un accord de libre-échange de type global pour tous les produits, quitte à introduire des délais pour la mise en place de l'accord. Face à cette différence de vues quant à la portée de cet accord de libre-échange, il n'a pas été possible d'obtenir une entente et donc de poursuivre dans l'idée d'un tel accord.

Cependant, les discussions ont été poursuivies pour établir un forum de coopération américano-suisse en matière de commerce et d'investissements. Quel en est le but? Etablir un programme de travail sur différents sujets et dans les domaines où il y aurait une possibilité d'entente. Il s'agit donc là d'une approche plus pragmatique que l'accord global de libre-échange. A plus long terme, le but en est également de mener une discussion exploratoire avec l'idée de revenir sur cet éventuel accord de libre-échange. Ses bases ont été jetées à la fin de l'année dernière et au début de cette année, lors du World Economic Forum de Davos, et ceci a abouti à la signature, à Washington le 25 mai 2006, d'un accord permettant justement sa mise en place.

De plus, le Conseil fédéral avait demandé à l'époque un rapport permettant une analyse générale des différents effets d'un accord de libre-échange avec les Etats-Unis et les effets également – je dirai par contre-coup – sur nos relations avec l'Union européenne. Depuis les dernières discussions de la commission en janvier de cette année, ce rapport a été publié.

Quelles ont été les discussions au sein de la commission? Des questions ont été posées concernant la teneur exacte du mandat donné au Département fédéral de l'économie, des questions également sur les effets d'un tel accord sur l'agriculture, les prix et le marché intérieur, ainsi que des questions en relation avec la procédure d'approbation devant théoriquement avoir lieu au niveau du Congrès américain.

Suite à ces différentes questions et interrogations, la commission a décidé de déposer une motion en trois points:

1. poursuivre les entretiens dans l'idée d'un accord commercial sur une coopération globale avec les Etats-Unis et notamment d'un accord qui devrait tenir compte de différents sujets, à savoir le commerce, les services et l'investissement;
2. la commission souhaite une analyse économique globale quant à l'effet justement de cet accord;
3. elle souhaite également une orientation des négociations dans le sens de l'intérêt économique global – et elle insiste sur le terme "global" – de notre pays.

Quels sont les arguments en faveur de cette motion?

Premier argument: la Suisse a besoin d'un réseau de relations économiques, bien entendu, avec l'Union européenne, avec les pays de l'AELE, et de relations économiques bilatérales allant plus loin, je dirai, notamment avec les Etats-Unis.

Deuxième argument: les relations économiques avec les Etats-Unis sont absolument stratégiques pour notre pays, cela a été rappelé tout à l'heure par Madame Meier-Schatz. Les Etats-Unis figurent au deuxième rang des pays d'exportation de la Suisse, après l'Allemagne; ils figurent au cinquième rang des pays importateurs pour la Suisse; ils sont le plus gros investisseur en Suisse et les firmes suisses investissent massivement aux Etats-Unis puisqu'elles sont en deuxième position quant aux investissements qui y sont faits, après l'Allemagne.

Troisième argument, pour nous le plus important: la commission souhaite soutenir le Conseil fédéral dans sa politique de dialogue avec les Etats-Unis, dans le but d'améliorer nos relations commerciales. Nous souhaitons, par cette motion, donner un signal politique clair, un signal d'appui à la politique du Conseil fédéral. Il y a des résistances face à un tel type d'accord, des résistances aux Etats-Unis probablement – il s'agit donc de montrer la volonté de notre Parlement –, mais aussi des résistances ici, en Suisse, en particulier dans les milieux de



l'économie.

Une partie de la commission est opposée à cette motion, considérant que la politique menée actuellement par le Conseil fédéral est suffisante: cette politique est pragmatique – ou opère dossier par dossier; elle n'a pas besoin d'un blanc-seing ni d'un appui supplémentaire de la part du Parlement, ceci d'autant plus que ce dernier ne connaît pas tous les tenants et aboutissants d'un tel accord.

Suite à ces discussions, la commission vous propose, par 16 voix contre 7 et 2 abstentions, de soutenir la motion déposée.

Gysin Remo (S, BS): Es ist auch für die Minderheit klar, dass die USA einer unserer wichtigsten Handelspartner sind, und auch die Minderheit und die SP-Fraktion, für die ich ebenfalls spreche, sind an guten Wirtschaftsbeziehungen mit den USA interessiert. Selbstverständlich wirken wir hier mit.

Nicht klar ist aber, was die Motion wirklich will. Entweder will sie auf das gescheiterte Abkommen zurückkommen und einen zweiten Anlauf starten. Das ist zurzeit sicher fehl am Platze. Es gilt, zuerst die Lehren aus dem Scheitern zu ziehen. Oder sie will auf einer tieferen Ebene die wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA weiterpflegen, und das ist eine Selbstverständlichkeit, dafür brauchen wir keine Motion. Das läuft bereits. Wir unterstützen den Bundesrat dabei. Wir rennen hier mit der Motion offene Türen ein, mit anderen Worten: Es braucht sie nicht.

Es braucht auch das zweite Begehren der Motion nicht, nämlich eine umfassende Analyse zu machen. Wenn der Bundesrat diese umfassende Analyse nicht schon hat, dann fragen wir uns, wie er denn in die bilateralen Verhandlungen mit den USA eingestiegen ist. Wir wissen, es liegt eine Analyse vor, und jetzt noch einmal eine zu verlangen ist Unsinn. Das können wir uns nicht leisten, auch angesichts der Finanzlage nicht.

Das dritte Begehren der Motion ist die Information des Parlamentes. Dazu ist der Bundesrat verpflichtet, Artikel 166 der Bundesverfassung sagt das klipp und klar. Sie wird auch gepflegt: Herr Bundesrat Deiss ist hierin auch vorbildlich, er informiert das Parlament und die Kommission über die laufenden Geschäfte und über die Beziehungen mit anderen Ländern immer wieder. Auch hier rennt die Motion offene Türen ein. Was will sie denn eigentlich? Es ist alles selbstverständlich oder dann eben unklar.

Wie auch immer, nach dem Scheitern der Vertragsverhandlungen mit den USA ist eine kritische Haltung wirklich am Platze. Es sind die Lehren zu ziehen aus dem mehr oder weniger arroganten Verhandlungsstil der USA. Den pflegen sie mit jedem anderen Land, mit jedem kleinen Land im Besonderen, und darin machen sie auch bei der Schweiz keine Ausnahme. Es ist immer "à prendre ou à laisser", wir sehen das bei heiklen Geschäften wie in der Landwirtschaft bei gentechnisch manipulierten Nahrungsmitteln, landwirtschaftlicher Produktion: entweder oder, mitmachen oder ablehnen. Das sind Gründe, warum es zum Scheitern kam, das ist auch typisch für den Stil von Amerika. Es gilt dann auch eine Doppelbödigkeit zu beobachten, wenn es um Subventionen geht. Schauen Sie, was in der WTO passiert. Amerika setzt sich weltweit für den Abbau von Subventionen ein – und pflegt sie in der Landwirtschaft und in der Industrieproduktion wie kein anderes Land. Also hier gilt es nicht nur freundschaftliche Verhältnisse zu pflegen, sondern auch kritisch ans Werk zu gehen. Wir haben auch andere Prioritäten, als jetzt den Faden in Richtung eines zweiten Abkommens wiederaufzunehmen. Wir haben im wirtschaftlichen Bereich die Priorität bei den multilateralen Abkommen. Die USA müssen erstens eingebunden werden, auch kleinere Länder müssen zu ihrem

AB 2006 N 953 / BO 2006 N 953

Vorteil eingebunden werden; wir haben zweitens die Prioritäten auf Europa und in Europa zu setzen; und drittens sind wir auch einverstanden, dass wir unser Wirtschaftsbeziehungsnetz mit bilateralen Abkommen ergänzen, zum Beispiel mit Indien, China und anderen Ländern. Daran wird ebenfalls gearbeitet.

Wir haben einen besonderen Wunsch nach Transparenz. Die ist hier mit den USA nicht gegeben. Ich gebe Ihnen ein Beispiel, das in der Kommission dank Nachhaken und beständigem Fragen offen gelegt wurde. Wir dürfen nicht einfach im Schlepptau der USA handeln und uns auf eine Ebene führen lassen, die nicht mehr fair und offen ist. Es gibt also bereits Verhandlungen, es gibt auch eine Abmachung – so sind wir in der WAK informiert worden – zwischen Bundesrat Deiss und Herrn Portman, dem Handelsbeauftragten der USA. Wir haben gefragt, worum es hier genau gehe, was das für eine formelle Abmachung sei. Ist das ein Memorandum of Understanding, oder ist es ein Vertrag? Da hat man uns gesagt: Wir teilen euch das aus, ihr bekommt das gleich. Und was haben wir bekommen? Eine Press Release, eine Medienmitteilung, und über die Abmachung wissen wir inhaltlich genauso viel oder wenig wie vorher.

Wie lässt sich das erklären? Es gibt Abmachungen, man dürfe nicht darüber reden. Wie kommt das? Uns wurde von Herrn Gerber gesagt, die Schweizer Industrie sei an Arbeitsbewilligungen in den USA interessiert. Das leuchtet ein. Nun zitiere ich Herrn Gerber: "Die US-Administration darf aber nicht über dieses Thema



sprechen, weil es der Kongress nach dem 11. September 2001 der Administration entzogen hat." Die US-Administration spricht aber dennoch mit Bundesrat Deiss und anderen darüber, obwohl sie die Kompetenz dazu nicht hat. Sie will das Thema also am Kongress vorbeismuggeln. Dazu muss sie irgendeine rechtliche Form finden, wo sie sagen kann, das gehöre eben doch in ihren Kompetenzbereich. Das führt zu einer Art Vertrag, der nicht schriftlich festgehalten und nicht weitergegeben wird.

Das ist ein Verhandlungsstil, den wir nicht akzeptieren können; aber leider ist der Bundesrat daran, auf so etwas einzugehen. Hier kommt unsere Bitte, Herr Bundesrat: Handeln Sie transparent! Ich habe das Protokoll zitiert. Ich habe es bei mir. Es lässt sich belegen, was ich sage.

Ich bin Ihnen dankbar, Herr Bundesrat, wenn Sie uns heute über den aktuellen Stand der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA kurz informieren. Ich möchte noch einmal betonen: Pflegen wir die Beziehungen mit den USA, rennen wir aber nicht offene Türen ein, vermeiden wir unnötige Motionen; das ist "Parkinson", das haben wir nicht nötig.

Das ist die Haltung, die uns zur Ablehnung der Motion führt. Wenn das Einzelnen zu weit geht, bitte ich sie, sich mindestens der Stimme zu enthalten. Wie gesagt, auch wir sind an guten Wirtschaftsbeziehungen mit den USA interessiert. Aber diese Motion ist nicht nötig.

Lang Josef (G, ZG): Die Abstimmung zur Gentechfrei-Initiative hat damals ein Freihandelsabkommen gebodigt, das ohnehin angeschlagen war. Angeschlagen war es unter anderem, weil die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wegen der systematischen Verletzung der Menschenrechte und des Völkerrechtes in den USA dagegen ist, zu diesen eine noch engere Nähe zu suchen. Die Motion der WAK hat – wie Kollege Gysin jetzt ausgeführt hat – wirtschaftlich praktisch keine oder nur eine geringe Bedeutung. Kollegin Meier-Schatz und Kollege Favre haben ja selber betont, wie intensiv die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und den USA sind, und das sind sie ohne Freihandelsabkommen und ohne Motion der WAK. Allerdings hat die symbolisch-politische Bedeutung einer formalen wirtschaftlichen Beziehung zwischen zwei Staaten ein höheres Gewicht. Sie liegt im Rahmen dieser allgemeinen Wende gegenüber den USA, die der Bundesrat vor gut einem Jahr beschlossen hat. Kollegin Meier-Schatz hat ausdrücklich auf die aussenpolitische Bundesrats-Retraite vom Mai 2005 hingewiesen, die sich unter dem Titel "Wende gegenüber den USA" zusammenfassen lässt; so stand es auch in den Medien.

Der Krieg in Irak und "Guantanamo" sind keine Kavaliersdelikte, das sind schwerwiegende Verletzungen des Völkerrechtes und der Menschenrechte. Solange sich die USA nicht ans Völkerrecht und nicht an die Menschenrechte halten, ist seitens des Staates Distanz geboten und nicht Nähe.

Lehnen Sie eine Motion ab, die wirtschaftlich praktisch unnötig ist, symbolisch-politisch aber ein völlig verkehrtes Signal gibt.

Walter Hansjörg (V, TG): Die USA sind ein wichtiger wirtschaftlicher Handelspartner der Schweiz. Die explorativen Gespräche, die geführt wurden, führten dann nicht zu einem Erfolg, als es um die Weiterführung ging. Wir in der SVP sind der Meinung, dass ja gerade explorative Gespräche, Sondierungsgespräche, dazu führen sollen, die gegenseitigen Interessen zu erkunden und aufzuzeigen, wo Handlungsbedarf besteht und wo nicht. Es hat sich gezeigt, dass ein umfassendes Freihandelsabkommen mit den USA nicht realisierbar ist. Die Schweiz hat ja ihre Freihandelsabkommen in den letzten Jahren immer im Rahmen Schweiz/Efta gemacht; das wäre eine neue Dimension gewesen. Die USA wollten natürlich auch in einem Abkommen mit der Schweiz keine Präjudizien für andere Freihandelsabkommen schaffen.

Trotzdem hat dieser Misserfolg dann zu einer Verunsicherung geführt. Es geht in dieser Motion nun darum, dass wir diese Verunsicherung wieder aufheben, indem wir vom Parlament aus klar bekunden, dass es wichtig ist, Wirtschaftsabkommen mit unserem Handelspartner USA weiterzuentwickeln. Es geht in erster Linie um die Beseitigung von Handelshemmnissen und Handelsdifferenzen, vor allem auch im nichtkommerziellen Bereich, sei dies im Dienstleistungs-, im Wirtschafts- oder auch im Landwirtschaftsbereich. Diese explorativen Gespräche haben aber trotzdem einen Erfolg gehabt, indem mit dem Handelsbeauftragten der USA, Rob Portman, vereinbart wurde – das war das Verdienst unseres Wirtschaftsministers, von Bundesrat Deiss –, dass die Gespräche weitergeführt würden. Zu Unrecht wurde das in dieser Art und Weise kritisiert.

Wir sind der Meinung, dass es mit pragmatischen Lösungen weitergehen soll, dass diese auch zum Erfolg führen können – punktuell. Ich bin überzeugt, dass wir auf diese Art und Weise weiter kommen als mit einem Freihandelsabkommen, das politisch in dieser Grössenordnung nicht realisierbar gewesen wäre.

Die SVP-Fraktion begrüsst diese Motion; sie soll ein Zeichen geben und dem Bundesrat den Rücken stärken, damit er auf diesem Weg weitergeht.

Wir bitten Sie daher, diese Motion anzunehmen, weil sie in die richtige Richtung geht.



Deiss Joseph, Bundesrat: Der Bundesrat beantragt Ihnen die Annahme dieser Motion.

Die Beziehungen zu den USA und die Arbeiten, die in den letzten Monaten vollbracht wurden, sind unter dem Gesichtspunkt der neuen Aussenhandelsstrategie oder Aussenwirtschaftsstrategie, die ich vor zwei Jahren dem Bundesrat und dann dem Parlament vorstellte, zu betrachten. Es geht hier darum, nebst den Hauptschienen WTO und EU auch auf der Ebene der bilateralen Abkommen offensiver tätig zu werden und mit ausgewählten Partnern eine Vertiefung der Beziehungen zu erreichen.

Eine der wichtigsten Veränderungen war, dass wir nicht nur im Schlepptau der EU und im Rahmen Europas und des Mittelmeerraumes vorangehen, sondern die Beziehungen zu unseren Partnern systematisch nach Wichtigkeit durchgehen und dort anzusetzen versuchen. Die USA sind unser wichtigster Partner ausserhalb von Europa. Wir haben aber auch Partner wie Japan, China und Indien. Mit Südkorea haben wir ein Freihandelsabkommen, mit der Südafrikanischen Union sind die Verhandlungen abgeschlossen. Wir wollen hier global dafür sorgen, dass unser Land bzw. unsere Wirtschaft offene Türen findet, um arbeiten zu können. Wie gesagt, die USA sind nach Europa unser wichtigster Partner, und es ist falsch zu behaupten, dass wir gegenüber den

AB 2006 N 954 / BO 2006 N 954

USA nur eine "Take it or leave it"-Position hätten. Ich habe es Ihnen gestern gesagt: Die Schweiz ist kein kleines Land, wirtschaftlich ist sie eine mittlere Macht. Wir sind die Nummer 6 bezüglich der weltweiten Investitionen, wir sind Nummer 20 bis 25 bezüglich des Handels, wir sind Nummer 20 bis 25 bezüglich des absoluten Wertes unseres Bruttoinlandproduktes.

Man spricht mit uns: Die USA wollen mit uns im Geschäft sein, sie wollen mit dem Partner, der über 100 Milliarden Schweizerfranken in den USA investiert hat, privilegierte Beziehungen aufbauen. Das ist der Sinn des Abkommens zur Einrichtung des Forums, das wir am 25. Mai dieses Jahres in Washington unterschrieben haben. Das ist der Sinn einer Plattform, die uns die Möglichkeit gibt, mit unserem Partner USA alle Fragen, die im wirtschaftlichen Bereich auftauchen, nicht nur zu behandeln, sondern Lösungen zuzuführen, die bis zu eigentlichen Abkommen gehen können.

Was das Forum aber sein wird, hängt vom Inhalt ab, den wir hineintun. Deshalb haben wir eine Kontaktgruppe geschaffen, die dazu dienen soll, dass die Vertreter der Wirtschaft, die Interessen der Wirtschaft eingebracht werden und wir wissen, welche Bereiche wir mit den Amerikanern besprechen sollten. Gegenwärtig sind schon einige Themen auf der Liste: Telekommunikation, Intellectual Property, E-Commerce, Bioprodukte, Wein, und andere mehr sind im Kommen. Es ist also nicht – wie es Herr Lang behauptet – ein falsches Signal, das wir jetzt aussenden, im Gegenteil! Das falsche Signal wäre eben das, nichts zu tun.

Und es ist schon gar nicht so, dass wir hier irgendwelche geheime Machenschaften hätten. Herr Remo Gysin hat sich hier fast wie ein Sherlock Holmes aufgeführt und vermutet, es seien da Dinge im Kommen, die nicht publik seien. Es gibt einmal den Bericht "The Shape of a Swiss-US Free Trade Agreement" des Washingtoner Institute for International Economics. Dieser Bericht ist da, Sie können ihn haben, nichts Geheimes; er ist übrigens auch über das Seco oder über die Website des Institutes zu finden und zu erhalten. Ich empfehle Ihnen diese Studie, ich habe selten eine so gute Studie über die Aussenbeziehungen der Schweiz gelesen wie diese: wenig Text und viel Information!

Was hat es an Abkommen oder an gemeinsamen Erklärungen gegeben? Die eine Erklärung, die Sie erwähnt haben, Herr Gysin, die Press Release, wurde beim gemeinsamen Auftreten von Rob Portman und mir in Davos abgegeben. Wir hatten dort nicht die Zeit, etwas auszuhandeln. Wir haben dort nur eine gemeinsame Erklärung verfasst, die gesagt hat: Wir wollen etwas schaffen wie das Forum, wir sind beide bereit, das zu tun. Wir sind vor die Medien gegangen, und wir haben das gemeinsam erklärt. Also, alles, was wir hier gemeinsam gemacht haben, haben wir am gleichen Tag vor der Kamera gesagt, und mehr nicht. Sie können das bei uns im Seco wieder finden, wenn Sie unsere Website konsultieren.

Dann kam nach getaner Arbeit am 25. Mai dieses Jahres das Abkommen zur Einrichtung des Forums. Das ist eine schriftliche Abmachung, die in aller Öffentlichkeit unterschrieben wurde, deren Text Sie bei uns abholen können und über welche das Parlament über die Kommissionen ja schon informiert ist. Es gibt nichts anderes, es wird da nicht intransparent gehandelt, im Gegenteil.

Aber ich sage Ihnen: Es ist im Interesse unserer Wirtschaft, dass wir als kleines Land global tätig sind, als Land, das ja nie in der Lage sein wird, sich autark, selbstversorgend, zu betätigen, und das nicht nur für seine Versorgung, sondern das auch mit seinem Heimmarkt für den Absatz viel zu klein ist. In diesem Sinne ist die Schweiz gezwungen, global tätig zu sein, in diesem Sinne hat die Schweiz ein fundamentales Interesse daran, offene Türen zu finden. Da sich alles bewegt, muss dies ständig und immer und immer wieder erneuert werden.

Das Forum mit den USA wird uns die Gelegenheit bieten, mit unserem Partner Amerika ständig ein Instrument



zu haben, mit dem man die Probleme lösen kann. Dass das Parlament hier mit der Motion etwas Überflüssiges machen würde, ist gerade aus der Sicht der Amerikaner nicht der Fall. Sie wissen ja, dass der Kongress in Washington viel direkter in die Aussenwirtschaftsbeziehungen eingreift und dass für die amerikanische Seite daher ein Support des Parlamentes in der Schweiz eine wichtige Signalwirkung hat. Deshalb bitte ich Sie nun, dieses Signal auszusenden.

Gysin Remo (S, BS): Herr Bundesrat, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie mit dem Buch, das Sie gezeigt haben, bestätigt haben, dass die Analyse schon vorliegt, dass es nicht mehr nötig ist, eine solche zu verlangen. Sie haben auch erklärt, es liege jetzt eine neue schriftliche Abmachung zwischen den USA und der Schweiz vor. Die Frage ist, wie Sie sich dann erklären, dass Herr Gerber, Direktor des Seco, in der Sitzung der WAK erklärt hat: "Die Medienmitteilung ist eine gemeinsame Erklärung. Es bestehen keine weiteren schriftlichen Vereinbarungen." Wir haben den Text der Vereinbarung verlangt, und er hat uns mit diesen Worten gesagt, dass es nur die Medienmitteilung gibt. Wie erklären Sie sich das?

Deiss Joseph, Bundesrat: Herr Gysin, das ist sehr einfach zu erklären. Ihr Protokoll stammt von einer Sitzung, die im Januar stattfand. Es war Herrn Gerber somit damals unmöglich, über ein Papier zu sprechen, das am 25. Mai 2006 unterschrieben worden ist.

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion 103 Stimmen

Dagegen 49 Stimmen